

„Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung sind von Unterernährung betroffen“

Archie Mulunda von FIAN Sambia war im Juni zu Gast in der FIAN-Geschäftsstelle. Meltem Yildirim, Viviane Griesinger, Kristina Jularic und Philipp Mimkes sprachen mit ihm über die Ernährungslage in Sambia, die Situation der Landbevölkerung und Ansatzpunkte für die Arbeit von FIAN.

Archie, vielen Dank für Deinen Besuch und herzlichen Glückwunsch zur offiziellen Registrierung von FIAN Sambia! Könntest du uns bitte einen Überblick über die Struktur der neuen Sektion geben?

Wir haben sieben Vorstands- und 25 Einzelmitglieder. Zudem arbeiten wir sehr eng mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen. Die Sektion befindet sich jedoch noch in den Kinderschuhen. Alle Aktiven arbeiten freiwillig. Ziel ist es, bezahlte Vollzeitstellen zu schaffen und ein Büro zu eröffnen.

Wie ist die allgemeine Menschenrechtssituation in Sambia?

Nicht gut. Die Regierung fühlt sich durch Aktivisten und freie Medien bedroht und begegnet ihnen mit Gewalt. Berichte über die schlechte Menschenrechtssituation können zu Verhaftungen führen.

Wie wirkt sich dies auf Deine Arbeit aus?

Meine Aktivitäten sind nicht von staatlicher Repression beeinflusst. Aber wir beobachten die weiteren Entwicklungen sehr vorsichtig.

Gibt es überhaupt Austausch mit der Regierung?

Ja, FIAN Sambia steht regelmäßig in Kontakt mit der Regierung. Als Menschenrechtsorganisation werden wir jedoch allenfalls geduldet, Unterstützung erhalten wir nicht. Vielmehr behindert die Regierung gezielt die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, weshalb wir darauf angewiesen sind, Hilfe von internationalen Institutionen zu erhalten.

Nach FAO-Angaben sind mehr als 40 Prozent der Bevölkerung von Unterernährung betroffen. Was sind die Gründe für diese deprimierende Verletzung des Rechts auf Nahrung?

Eines unserer Hauptthemen ist der Hunger in Sambia, insbesondere in ländlichen Gebieten. Die Bevölkerung erhält zwar Zugang zu Maismehl, jedoch ist dies allein nicht nahrhaft genug. Viele Menschen essen jeden Tag dieselbe Mahlzeit, das ganze Jahr über – dies ist weder nahrhaft noch gesund. Auch verliert die ländliche Bevölkerung oftmals durch Dürren und Überschwemmungen ihre Ernte. Nur sehr wenige Kleinbäuer*innen können es sich leisten, in einer solchen Situation Lebensmittel zuzukaufen. Wenn die Produktion schlecht ist, entstehen ernste Hungersituationen.

Wie sieht die Situation für Frauen aus?

Frauen kämpfen am meisten mit den Folgen der Unterernährung, gerade auf dem Land. Die Rolle der Frauen in der sambischen Gesellschaft besteht darin, Kinder aufzuziehen und zu ernähren und für die Familie zu sorgen. Die Unterstützung ihrer Ehemänner fehlt meist. Kinder wiederum sind durch Unterernährung besonders hinsichtlich ihrer Bildung betroffen:



Archie Mulunda mit dem FIAN-Team in Köln

Aufgrund des Mangels an gesunder Nahrung sind sie nicht in der Lage, sich in der Schule ausreichend zu konzentrieren.

Gibt es Unterstützung für die ländliche Bevölkerung?

Die Regierung unterstützt die Menschen in Hungersituationen durch die Verteilung von Maismehl. Zudem betreibt sie das *Farmer Input Support Program (FISP)*, das stark von der industriellen Landwirtschaft abhängt. Das Programm läuft seit 2002, hat aber noch zu keiner Verbesserung für Kleinbäuer*innen geführt. In erster Linie verteilt die Regierung zertifiziertes, hybrides Maissaatgut sowie Düngemittel. Hierbei orientiert sie sich an regionalen Abkommen wie dem *Comprehensive Africa Agriculture Development Programme*¹. Hybrides Saatgut kann jedoch nicht reproduziert werden und muss jedes Jahr neu gekauft werden. Die Landwirte werden von staatlicher Unterstützung abhängig gemacht – dies verhindert eine eigenständige Landwirtschaft und ist keine langfristige Lösung gegen Unterernährung. FIAN Sambia fordert staatliche Hilfe, die auf lokalen Kenntnissen der Landwirte basiert, z.B. durch landwirtschaftliche Beratungsdienste oder Unterstützung gegen Tierkrankheiten.

Beeinflusst der Klimawandel bereits die landwirtschaftlichen Erträge?

Ja! Schlechte Ernten aufgrund des Klimawandels sind ein zentrales Thema in Sambia. Die Folgen sind Hunger sowie Futtermangel für das Vieh. Die staatliche Verteilung von Maissaatgut verstärkt das Problem eher. In Sambia herrscht von Oktober bis April Regenzeit. Im Norden ist das Klima sehr feucht, da der kongolesische Regenwald angrenzt. Überschwemmungen zerstören Ackerland und Häuser. Die Viehhaltung wird durch die Überflutung von Weiden gefährdet. Der Süden des Landes hingegen ist viel trockener. Hier regnet es während der Saison zum Teil gar nicht. Dies wirkt sich besonders auf die Kleinbäuer*innen aus, da sie Regenfeldbau betreiben und ihr Land austrocknet. Der Grundwasserspiegel sinkt. Es wird immer

schwieriger, Trinkwasser oder landwirtschaftlich benötigtes Wasser zu beschaffen.

Ist der Zugang zu Wasser ebenfalls ein Problem?

Ja, auch die Wasserversorgung ist ein großes Problem. Dabei befinden sich 40 Prozent der Oberflächengewässer im südlichen Afrika in Sambia, darunter die Victoria-Fälle, der Sambezi-Fluss und viele Seen. Dennoch fehlt es der ländlichen Bevölkerung an Wasser! Es gibt keine gerechte Verteilung des verfügbaren Wassers, und Kleinbäuer*innen fehlen die Mittel, Wasser aus Flüssen auf ihre Felder zu leiten. Im Gegensatz zu großen Staudämmen, die die Landbevölkerung in der Regel nicht mit Wasser versorgen, schlagen wir vor, kleine dezentrale Wasserspeicher in ländlichen Gebieten zu errichten.

Es gab Bemühungen seitens FIAN, das Recht auf Nahrung in die sambische Verfassung aufzunehmen. War dies erfolgreich?

Nein, leider nicht. Ich habe 2015 während des Verfassungsprozesses dafür gekämpft, dass die Rechte auf Nahrung, Saatgut und Land in die „Bill of Rights“ aufgenommen werden. Die Regierung zögerte jedoch, diese Rechte aufzunehmen – deshalb habe ich mich aus dem Prozess zurückgezogen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Regierung ihre Position ändert.

Welche Rolle spielt die internationale Agrar- und Entwicklungsfinanzierung, insbesondere bei Landkonflikten?

Die Landverwaltung in Sambia unterscheidet zwei Kategorien: öffentliches Land und staatliches Land. Die Nutzungsrechte von öffentlichem Land beruhen auf traditionellen Normen. Jeder kann es benutzen, auch ist es steuerfrei. Landwirte und ländliche Familien nutzen es beispielsweise für die Subsistenzwirtschaft. Oder sie durchqueren es, wenn sie sich innerhalb einer Region bewegen. Öffentliches Land umfasst den größten Teil der ländlichen Gebiete.

Staatliches Land hingegen steht unter der Kontrolle der Regierung. Öffentliches Land kann leicht in Staatsland umgewandelt werden, z.B. wenn es an ausländische Unternehmen verkauft wird. Dies schließt Landwirte und Familien nicht nur von der Nutzung des Landes oder dem Zugang zu Wasserquellen aus, sondern auch von der Durchquerung. In einigen Fällen werden Gemeinden zu illegalen Besetzern ihres eigenen Bodens gemacht! Da das öffentliche Land von Gemeindevorstehern – so genannten „chiefs“ – ohne offizielle Landtitel verwaltet wird, sind die Nutzungsrechte rechtlich nicht abgesichert. Sie werden auch nicht durch die Verfassung geschützt. Deshalb leben die Kleinbäuer*innen in ständiger Angst, ihr Land zu verlieren, welches sie seit Generationen nutzen.

Welche Rolle spielt die Regierung hierbei?

Die Regierung versucht, mehr Kontrolle über öffentliches Land zu erlangen, um es an ausländische Unternehmen verkaufen und Erträge erwirtschaften zu können – durch den Verkauf, aber auch durch Grundsteuern. Dies ist ein Prozess, der zu vielen Konflikten und zu einem kontinuierlichen Wandel hin zu einer industriellen Landwirtschaft führt. Es gibt zwar Bauernkooperativen, diese kümmern sich jedoch mehr um den Vertrieb und sind weniger an Landrechtsfragen interessiert.

Ein Landtitel für öffentliches Land kann die Rechte der Kleinbäuer*innen schützen. Die Erlangung eines Landtitels ist jedoch sehr kostspielig und mit viel Bürokratie verbunden. Zudem müssen auf betitelten Grund Steuern gezahlt werden, was für die meisten Kleinbäuer*innen kaum möglich ist. Im Gegensatz zu lokalen Landwirten sind ausländische Unternehmen oftmals von Grund- und Einfuhrsteuern befreit, zum Beispiel während der ersten Investitionsphase. Wir müssen die Kleinbäuer*innen aufwecken und sie dabei unterstützen, einen Titel für ihr Land zu erhalten. Ich habe von 2006 bis 2011 mit der *Zambia Land Alliance* daran gearbeitet, die Rechte der ländlichen Bevölkerung zu schützen. Dennoch fehlt es an Organisationen, die sich auf die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung bei der Grundbucheintragung konzentrieren.



Wie kann FIAN Deutschland eure Arbeit unterstützen?

FIAN Sambia steht in regelmäßigem Kontakt mit den FIAN-Sektionen aus Deutschland, Österreich, Belgien sowie mit dem Internationalen Sekretariat. Die Arbeit von FIAN Deutschland und die Kooperationen sind sehr wichtig für uns. Wir wünschen uns eine noch stärkere Vernetzung sowie Informationsaustausch, damit wir uns zum Beispiel bei Rechtsverletzungen durch Unternehmen gegenseitig unterstützen und internationale Kampagnen einleiten können.

- 1 Das CAADP ist ein Landwirtschaftsprogramm der Afrikanischen Union zur Beseitigung von Armut und Hunger.

